

28. November 2011

Bearbeiterinnen:

Heidemarie Mahlmann, Tel.: -18242

Wiebke Wietschel, Tel.: -2183

Vorlage für die Sitzung des Senats am 06.12.2011

Entwurf einer Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO)

A. Problem

Mit der neuen Bremischen Laufbahnverordnung vom 9. März 2010 (Brem.GBl. S. 249) ist die Anzahl der Laufbahngruppen von vier auf zwei reduziert worden. Zur Laufbahngruppe 1 gehören der ehemals einfache und mittlere Dienst zur Laufbahngruppe 2 der ehemals gehobene und höhere Dienst. Innerhalb der Laufbahngruppen sind die bisherigen Aufstiegs Grenzen weggefallen. Einen Aufstieg im klassischen Sinne gibt es nur noch bei einem Wechsel von der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2.

Um gleichwohl beim Überschreiten der bisherigen Aufstiegs Grenzen das für die Wahrnehmung der höherwertigen Aufgaben notwendige Qualifikationsniveau zu gewährleisten, sieht § 9 Abs. 4 BremLVO eine sog. Beförderungsschwelle bei einer Beförderung von einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 in ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 vor. Eine Möglichkeit dieses Qualifikationsniveau zu erreichen, stellt die erfolgreiche Absolvierung einer von der obersten Dienstbehörde vorgeschriebenen Qualifizierung dar.

Der Senat hat sich in seiner Sitzung am 09.03.2010 die Beschlussfassung über die erforderliche Qualifizierung für eine Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 BremBesO (§ 9 Abs. 4 Nr. 3 BremLVO) für alle Fachrichtungen mit Ausnahme der Fachrichtungen Justiz, Polizei und Feuerwehr vorbehalten und die Senatorin für Finanzen gebeten, dazu einen Entwurf vorzulegen.

B. Lösung

Beschlussfassung über die Vorlage einer Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BremLVO, in der die Zulassung, Ausbildung und die Prüfung der Beamtinnen und Beamten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen mit Ausnahme der Fachrichtungen Justiz, Polizei und Feuerwehr geregelt sind.

Ziel der zu regelnden Qualifizierungsmaßnahme ist es, die Beamtinnen und Beamten, die eine Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 anstreben, aber weder

im 2. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 eingestellt worden sind noch die Bildungsvoraussetzungen für eine solche Einstellung erfüllen, in die Lage zu versetzen, nach erfolgreichem Abschluss Führung-, Lenkungs-, Planungs- und Managementaufgaben entsprechend den Ämtern der Besoldungsgruppe A 14 und höher wahrnehmen zu können.

Die Regelung zur Qualifizierungsmaßnahme enthält folgende Kernpunkte:

- Die Entscheidung über die Zulassung zur Qualifizierungsmaßnahme ist unabhängig von einem konkreten Stellenbesetzungsverfahren zu treffen. Mit erfolgreichem Abschluss der Qualifizierung werden lediglich die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Beförderung geschaffen.
- Vor dem Hintergrund der dezentralen Personalverantwortung wird im Rahmen der Personalentwicklung von den Ressorts selbstständig und eigenverantwortlich entschieden, wer nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung an der Qualifizierung teilnimmt.
- Zur Qualifizierung können Beamtinnen und Beamte zugelassen werden, die mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 innehaben und die seit Beginn ihrer Dienstzeit mindestens einen Dienststellenwechsel vorweisen können.
- Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahme sind die Pflichtmodule „Verwaltungsmanagement“, „Personalmanagement“, „Kommunikation und (Personal-) Führung“, „Selbstmanagement und Arbeitstechniken“, „Finanzwirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für bremisches Verwaltungshandeln“. Hinzu kommen Wahlpflichtseminare und eine Hospitation i. d. R. in anderen Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.
- Die Qualifizierungsmaßnahme kann innerhalb eines Zeitraumes von 2,5 Jahren und soll innerhalb von 6 Jahren abgeschlossen werden.
- Die Kosten für die Qualifizierung trägt die jeweilige Dienststelle der Beamtin/ des Beamten.
- Die Qualifizierung ist mit einer Prüfung abzuschließen, bei der die Prüfungsleistungen mit „erfolgreich abgelegt“ oder „nicht erfolgreich abgelegt“ bewertet werden.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Einführung einer Maßnahme zur Qualifizierung von Beamtinnen und Beamten zwecks Schaffung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für eine Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 wird je teilnehmender Beamtin/ teilnehmenden Beamten Kosten in Höhe von ca. 3.000 Euro verursachen, die von der entsendenden Dienststelle zu tragen sind.

Unter personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Qualifizierung festzustellen, dass die gesamte Maßnahme eine

Arbeitsbelastung von ca. 1.100 Unterrichtsstunden umfasst. Da die teilnehmenden Beamtinnen und Beamten diese Qualifizierung im Rahmen ihrer regulären Dienstzeit absolvieren, wird dies zu einem entsprechenden Personalausfall führen, der jedoch wegen des modularen Aufbaus der Maßnahme und der zeitlichen Ausdehnung keine weitreichenden Folgen haben sollte. Diese können im Rahmen des regulären Dienstbetriebs innerhalb der Dienststellen ausgeglichen werden.

Bei der Ausgestaltung der Verwaltungsvorschrift sind alle Aspekte des Gender-Mainstreaming berücksichtigt worden, die Neuregelungen betreffen Frauen und Männer gleichermaßen und haben im Ergebnis keine gleichstellungspolitische Relevanz.

E. Beteiligung und Abstimmung

Der Entwurf der Verwaltungsvorschrift ist mit allen Ressorts, der Bürgerschaftskanzlei, dem Rechnungshof und der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau abgestimmt.

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Lande Bremen sind gemäß § 93 BremBG beteiligt worden.

In seiner Stellungnahme vom 01.11.2011 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Änderungen zu einzelnen Regelungen der Verwaltungsvorschrift vorgeschlagen. Der dbb – Beamtenbund und Tarifunion – Landesbund Bremen (dbb) hat in seiner Stellungnahme vom 26.10.2011 ebenfalls Veränderungen angeregt. Im Wesentlichen geht es um Änderungsvorschläge bezüglich des § 2 „Zulassungsvoraussetzungen, Entscheidung über die Zulassung“ und des § 3 „Ziel und Umfang der Qualifizierung“. Der dbb macht darüber hinaus noch einen Änderungsvorschlag zu § 11 „Bewertung der Prüfungsleistungen“.

Zu den Einwänden nehme ich wie folgt Stellung:

Zu § 2 „Zulassungsvoraussetzungen“:

Eine Voraussetzung für die Teilnahme an der Qualifizierung ist der Nachweis eines Dienststellenwechsels. Der DGB hält einen Dienststellenwechsel als Zulassungskriterium für nicht sachgerecht und erachtet ihn daher als nicht notwendig. Der dbb schlägt vor, auf den Nachweis eines Dienststellenwechsels zu Gunsten eines Aufgabenwechsels zu verzichten.

Mit Beschluss vom 08. März 2010 hat der Senat deutlich gemacht, dass die interne Mobilität und Flexibilität zu fördern ist. Mobilität und Flexibilität sind Schlüsselkompetenzen im Modernisierungsprozess und tragen dazu bei, die Innovationsfähigkeit und Leistungsorientierung der Verwaltung, gerade auch vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, weiter auszubauen. Aufgrund des zentralen Stellenwertes von Mobilität kann auf den Nachweis eines Dienststellenwechsels als Zugangsvoraussetzung nicht verzichtet werden. Um die Auswirkungen zu mildern, sieht der § 2 Absatz 2 eine Übergangsregelung vor, wonach bis zum 31. August 2014 in begründeten Ausnahmefällen auch Beamtinnen und Beamte zugelassen werden können, die keinen Dienststellenwechsel nachweisen können.

Zu § 3 „Ziel und Umfang der Qualifizierung“

Der DBG begrüßt die stärkere Durchlässigkeit innerhalb der Laufbahnen, bewertet jedoch den Rahmen der Qualifizierung als zu starr. Insbesondere wird bemängelt, dass Beamtinnen und Beamte verpflichtend an den Modulen teilnehmen und diese mit einer Prüfung abschließen müssen. Der DGB weist außerdem darauf hin, dass Nachwuchskräfte gegebenenfalls einen anderen Qualifizierungsbedarf haben als erfahrene Beamtinnen und Beamte und favorisiert daher eine auf die jeweilige Person zugeschnittene individuelle Qualifizierung. Die Qualifizierung soll darüber hinaus insbesondere für lebensältere Beamtinnen und Beamte zeitnah erfolgen, um eine Beförderung nach A 14 in angemessener Zeit zu ermöglichen.

Hierzu ist anzumerken, dass es sich bei der Qualifizierung keineswegs um ein starres Modell handelt. Die Modularisierung ermöglicht es den teilnehmenden Beschäftigten (im Gegensatz zu den Aufstiegslehrgängen der Vergangenheit) unter Berücksichtigung ihrer beruflichen und privaten Anforderungen zu entscheiden, wie schnell die Qualifizierung durchlaufen werden soll.

Bezogen auf die an die Teilnehmenden gestellten Anforderungen ist generell zu beachten, dass die Qualifizierungsmaßnahme mit anderen Bildungsvoraussetzungen, die ebenfalls für ein Amt der Laufbahngruppe II, 2. Einstiegsamt qualifizieren, wie zum Beispiel ein Masterabschluss, vergleichbar sein muss.

Die an der Qualifizierung teilnehmenden Beamtinnen und Beamten streben ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 und höher an. Um den Anforderungen eines solchen Amtes gerecht zu werden, sind umfassende Führungs-, Lenkungs-, Planungs- und Managementkompetenzen erforderlich. Dies gilt sowohl für Nachwuchskräfte als auch für lebensältere Beschäftigte. Um einen möglichst hohen Nutzen für alle Teilnehmenden zu gewährleisten, steht eine praxisorientierte Bearbeitung aktueller Themen und Fragestellungen, die sich an den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen der Verwaltung und an den jeweiligen Arbeitsbereichen der Teilnehmenden orientieren, im Vordergrund. Die Heterogenität der Zielgruppe wirkt sich förderlich auf Austausch, Vernetzung und Wissenstransfer aus.

Damit umfassende Vorkenntnisse von Beamtinnen und Beamten im Einzelfall berücksichtigt werden können, sieht der § 3 Absatz 7 vor, dass mit der Entscheidung über die Zulassung die oberste Dienstbehörde die Beamtin/den Beamten von der Teilnahme an den Pflichtmodulen und Wahlpflichtseminaren befreien kann, wenn die Beamtin/der Beamte bereits auf andere Weise, insbesondere durch die Teilnahme an anderen Fortbildungsveranstaltungen die entsprechenden Kenntnisse erworben hat.

Dem DGB ist dahingehend zuzustimmen, dass ein darüber hinausgehender Qualifizierungsbedarf individuell bestimmt werden muss. Dies kann allerdings weniger in einer generellen Qualifizierungsmaßnahme Berücksichtigung finden als vielmehr in den Personalentwicklungsprogrammen der einzelnen Dienststellen. Es ist Aufgabe der einzelnen Beamtinnen und Beamten sowie ihrer Dienststellen, Personalentwicklung – auch im Sinne der Stellungnahme des DGB – zu betreiben.

Der dbb schlägt vor, § 3 um einen Absatz 8 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „Die Beschäftigungsdienststelle hat sicherzustellen, dass durch die Qualifizierungsmaßnahme der Teilnehmenden und der damit verbundenen Arbeitsbelastung, insbesondere durch die Pflichtmodule, die Wahlpflichtseminare und die Hospitation, es zu keinen zusätzlichen Arbeitsbelastungen bei anderen

Beschäftigten kommt.“

Diesem Anliegen ist innerhalb der betroffenen Dienststellen – wie bei allen Fortbildungsveranstaltungen - Rechnung zu tragen. Es ist nicht im Rahmen einer Verwaltungsvorschrift zu regeln, so dass die Ergänzung nicht aufzunehmen ist.

Zu § 11 „Bewertung der Prüfungsleistungen“

§ 11 enthält Aussagen über die Bewertung und das erfolgreiche Ablegen von Prüfungen. Der dbb schlägt vor, § 11 um einen Absatz 3 mit dem Wortlaut. „Die/der jeweilige Prüfende ist verpflichtet, die Bewertung der Prüfleistungen zu überdenken, wenn dies von einem Prüfling, der die Prüfung nicht bestanden hat, mit begründeten Einwendungen beim Prüfungsausschuss schriftlich beantragt wird.“

Nach § 17 der Verwaltungsvorschrift sind alle Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der Geschäftsstelle mit einer Rechtshilfebelehrung zu versehen. Im Falle eines Widerspruchs wird ohnehin ein Verfahren in Gang gesetzt, in dem die Bewertung der Prüfungsleistungen überdacht wird. Deshalb ist die vorgeschlagene Regelung durch einen neu aufzunehmenden Absatz 3 nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung im Senat für eine Bekanntgabe im Vorschriftenportal der Freien Hansestadt Bremen als Informationsregister nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 130/18 die Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Absatz 4 S. 1 Nr. 3 BremLVO und deren Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO)

Vom 28. November 2011

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Zulassungsvoraussetzungen, Entscheidung über die Zulassung

Abschnitt 2 Qualifizierungsmaßnahme

§ 3 Ziel und Umfang der Qualifizierungsmaßnahme

§ 4 Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme

§ 5 Kosten der Qualifizierung und Sicherstellung der Teilnahme beim Wechsel der Dienststelle

Abschnitt 3 Prüfungsausschuss

§ 6 Prüfungsausschuss

§ 7 Prüfende

§ 8 Geschäftsstelle

§ 9 Ausschluss und Befangenheit

Abschnitt 4 Prüfung

§ 10 Ziel und Gliederung der Prüfung

§ 11 Bewertung der Prüfungsleistungen

§ 12 Abschlusskolloquium

§ 13 Bestehen und Wiederholung von Prüfungen

§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 15 Regelungen für behinderte Menschen

§ 16 Zertifikat über die Qualifizierungsmaßnahme

Abschnitt 5 Schlussbestimmungen

§ 17 Rechtsbehelfe

§ 18 Prüfungsunterlagen

§ 19 Inkrafttreten

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Vorschrift gilt für Beamtinnen und Beamte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen und der sonstigen, der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die an einer Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BremLVO teilnehmen mit Ausnahme der Beamtinnen und Beamten der Fachrichtungen Justiz, Polizei und Feuerwehr.

§ 2

Zulassungsvoraussetzungen, Entscheidung über die Zulassung

- (1) Zu der Qualifizierung können Beamtinnen und Beamte zugelassen werden,
- die mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 oder höher inne haben und
 - die seit dem Beginn ihrer Dienstzeit mindestens einen Dienststellenwechsel vorweisen können.
- (2) Die Entscheidung über die Zulassung trifft die jeweils zuständige oberste Dienstbehörde. Bis zum 31. August 2014 können in begründeten Ausnahmefällen auch Beamtinnen und Beamte zugelassen werden, die nicht mindestens einen Dienststellenwechsel nachweisen können.

Abschnitt 2

Qualifizierungsmaßnahme

§ 3

Ziel und Umfang der Qualifizierungsmaßnahme

- (1) Ziel der Qualifizierung ist es, dass die Teilnehmenden nach erfolgreicher Beendigung in der Lage sind, anspruchsvolle Führungs-, Lenkungs-, Planungs- und Managementaufgaben wahrzunehmen.
- (2) Die Qualifizierungsmaßnahme besteht aus Pflichtmodulen, Wahlpflichtseminaren, einer Hospitation und einem Abschlusskolloquium.
- (3) Die Qualifizierungsmaßnahme beinhaltet folgende Pflichtmodule:
- Modul 1 Verwaltungsmanagement
 - Modul 2 Personalmanagement
 - Modul 3 Kommunikation und (Personal-) Führung
 - Modul 4 Selbstmanagement und Arbeitstechniken
 - Modul 5 Finanzwirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für bremisches Verwaltungshandeln
- (4) Die gesamte Qualifizierung umfasst einen Workload (Arbeitsbelastung) von ca. 1100 Stunden. Dies entspricht 36 Credit Points (CP)¹. Davon entfallen auf die Pflichtmodule mindestens 600 Kontaktstunden und 400 Stunden Selbstlernzeit. Neben den Pflichtmodulen müssen die Teilnehmenden in Abstimmung mit der Beschäftigungsdienststelle Wahlpflichtseminare absolvieren, die die bereits in den Pflichtmodulen erworbenen Inhalte sinnvoll ergänzen oder vertiefen. Diese Wahlpflichtseminare müssen mindestens 32 Kontaktstunden umfassen und können im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Senatorin für Finanzen oder vergleichbarer Angebote belegt werden.

¹ Ein CP entspricht einem Workload von 30 Stunden.

(5) Die Teilnehmenden hospitieren in anderen Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, um die eigenen Schlüssel- und Führungskompetenzen zu erweitern. In Abstimmung mit der jeweils zuständigen Dienststelle, können auch Hospitationen außerhalb der bremischen Verwaltung durchgeführt werden, wenn dieses dem Ziel der Qualifizierung förderlich ist. Die Mindestdauer der Hospitation beträgt 40 Zeitstunden.

(6) Die Beschäftigungsdienststelle hat nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme der Beamtin/dem Beamten zu bescheinigen, dass sie/er über Führungserfahrungen oder Erfahrungen mit der Leitung von Projekten verfügt. Verfügt die Beamtin/der Beamte bei Beginn der Qualifizierung noch nicht über diese Erfahrungen, hat die zuständige Dienststelle dafür Sorge zu tragen, dass die Beamtin/der Beamte während der Qualifizierungsmaßnahme entsprechende Erfahrungen erwerben kann.

(7) Mit der Entscheidung über die Zulassung kann die oberste Dienstbehörde die Beamtin/den Beamten von der Teilnahme an Pflichtmodulen und Wahlpflichtseminaren befreien, wenn die Beamtin/der Beamte durch Teilnahme an anderen Fortbildungsveranstaltungen die entsprechenden Kenntnisse erworben hat. Die Pflicht zur Teilnahme an den vorgesehenen Prüfungen bleibt unberührt.

§ 4

Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme

(1) Die Organisation der Qualifizierungsmaßnahme obliegt der Senatorin für Finanzen.

(2) Die Qualifizierungsmaßnahme ist so zu organisieren, dass sie innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren beendet werden kann. Die Senatorin für Finanzen legt den Beginn der einzelnen Pflichtmodule fest.

§ 5

Kosten der Qualifizierung und Sicherstellung der Teilnahme beim Wechsel der Dienststelle

(1) Die Kosten der Qualifizierung trägt die jeweilige Dienststelle der Beamtin/des Beamten.

(2) Wird die Beamtin/der Beamte während der Qualifizierung in eine andere Dienststelle versetzt, hat sie/er einen Anspruch auf die weitere Teilnahme an der Qualifizierung. Die neue Dienststelle übernimmt die Kosten der Qualifizierung ab dem Zeitpunkt der Versetzung.

Abschnitt 3 Prüfungsausschuss

§ 6 Prüfungsausschuss

- (1) Zur Durchführung der Prüfungen wird bei der Senatorin für Finanzen ein Prüfungsausschuss gebildet.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus:
- einer Vertreterin/einem Vertreter, die/der von der Senatorin für Finanzen benannt wird,
 - einer Vertreterin/einem Vertreter einer weiteren obersten Dienstbehörde,
 - einer Vertreterin/einem Vertreter die/der vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen benannt wird,
 - einer Vertreterin/einem Vertreter des Aus- und Fortbildungszentrums.
- Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Prüfungsausschusses sollten die Befähigung für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt besitzen.
- (3) Die Mitglieder haben Stellvertreterinnen/Stellvertreter. Die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder werden für die Dauer von vier Jahren berufen.
- (4) Der Prüfungsausschuss wählt ein Mitglied zur/zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied zur/zum stellvertretenden Vorsitzenden.
- (5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden.
- (6) Bei der Abnahme des Abschlusskolloquiums können Vertreterinnen oder Vertreter der für die jeweils geprüften Teilnehmenden zuständigen obersten Dienstbehörden mit beratender Stimme anwesend sein. Für diese Vertreterinnen und Vertreter gelten Absatz 11 und § 9 entsprechend.
- (7) Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind Protokolle zu führen. Die Protokolle müssen Angaben enthalten über den Ort und Tag der Sitzung, die Namen der Anwesenden, den behandelten Gegenstand, die gestellten Anträge und die gefassten Beschlüsse. Das Protokoll ist von der/dem Vorsitzenden und, soweit eine Schriftführerin/ ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von dieser/diesem zu unterzeichnen.
- (8) Der Prüfungsausschuss stellt das Bestehen oder Nichtbestehen der Prüfungen fest. Er ist für die Organisation der Prüfungen und aller damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben zuständig. Der Prüfungsausschuss beschließt insbesondere über:
- die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
 - die Bestellung von Prüfenden nach § 7,
 - die Zulassung zum Abschlusskolloquium und ggf. die Verpflichtung zur Teilnahme an ergänzenden Fortbildungsveranstaltungen nach § 12 Abs. 1,

- die Festlegung der Prüfungsaufgaben für das Abschlusskolloquium und nimmt das Abschlusskolloquium ab.

(9) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Regelaufgaben auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche gegen Prüfungsentscheidungen.

(10) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht zu verlangen, dass die Prüfenden nach § 7 die Aufgaben für die Prüfungen in den Pflichtmodulen dem Prüfungsausschuss vorlegen.

(11) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter haben über alle Prüfungsvorgänge Verschwiegenheit zu wahren.

§ 7 Prüfende

(1) Für die Abnahme der Modulprüfungen bestellt die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses Prüfende. Prüfende bei Modulprüfungen und deren Wiederholungen sind in der Regel die Lehrenden, in deren Lehrveranstaltung die Prüfungsleistung integriert ist. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(2) Die Prüfenden haben über alle Prüfungsvorgänge Verschwiegenheit zu wahren.

§ 8 Geschäftsstelle

Bei der Senatorin für Finanzen wird eine Geschäftsstelle errichtet, die die Prüfung organisiert, die Geschäftsführung für den Prüfungsausschuss wahrnimmt und Beschlüsse des Prüfungsausschusses umsetzt.

§ 9 Ausschluss und Befangenheit

(1) Prüfungsausschussmitglieder oder Prüfende, die nach § 20 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BremVwVfG) ausgeschlossen sind oder bei denen die Besorgnis der Befangenheit nach § 21 BremVwVfG besteht, dürfen nicht an der Prüfung mitwirken.

(2) Hält sich ein Prüfungsausschussmitglied oder halten sich Prüfende nach Absatz 1 für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 gegeben sind, ist dies der Geschäftsstelle mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die Geschäftsstelle, während der Prüfung der Prüfungsausschuss. Das betroffene Mitglied darf an dieser Entscheidung nicht mitwirken. Das ausgeschlossene Mitglied darf während des weiteren Verlaufs der Prüfung nicht anwesend sein.

(3) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Ausübung des Prüfungsamtes zu rechtfertigen, oder wird von einer Prüfungsteilnehmerin/einem Prüfungsteilnehmer das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat die betroffene Per-

son dies der Geschäftsstelle mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Absatz 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

Abschnitt 4 Prüfung

§ 10 Ziel und Gliederung der Prüfung

(1) Durch die Prüfung wird festgestellt, ob die Beamtin/der Beamte die vorgeschriebene Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 Nr. 3 BremLVO erfolgreich absolviert hat. Die Anforderungen der Prüfung sind dabei an einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz auszurichten.

(2) Die Prüfung besteht aus Pflichtmodulprüfungen und dem Abschlusskolloquium. Die Pflichtmodulprüfungen werden qualifizierungsbegleitend abgelegt. Jedes der Pflichtmodule muss mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen werden.

(3) Die Prüfungen der Pflichtmodule werden in Form von:

1. schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (Klausuren),
2. mündlichen Prüfungen,
3. schriftlich ausgearbeiteten Referaten,
4. Hausarbeiten,
5. Praxisarbeiten,
6. problematisierende Protokolle

oder sonstigen nach gleichen Maßstäben bewertbaren Leistungen erbracht. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss bei Wiederholungsprüfungen zur Vermeidung unbilliger Härten auf Antrag des Prüflings nach Abstimmung mit dem Prüfenden abweichende Prüfungsformen zulassen; das Gleichbehandlungsgebot ist zu beachten.

Zu 1. Eine schriftliche Arbeit (Klausur) wird unter Aufsicht angefertigt und beinhaltet die Bearbeitung eines von den Prüfenden festzusetzenden Fragenkomplexes. Die Anforderungen orientieren sich dabei an dem Stoff des betreffenden Pflichtmoduls. Die Klausur ist mit den geläufigen Methoden des Faches in begrenzter Zeit und mit definierten Hilfsmitteln anzufertigen. Die Bearbeitungszeit darf 120 Minuten nicht unterschreiten und soll 240 Minuten nicht überschreiten. Die zugelassenen Hilfsmittel sind bei der Festlegung des Prüfungstermins von den Prüfenden bekannt zu geben.

Zu 2. Eine mündliche Prüfung stellt die Behandlung eines mit dem Stoff des betreffenden Pflichtmoduls im Zusammenhang stehenden Fragenkomplexes in Form eines Prüfungsgesprächs dar. Der Prüfling soll nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einordnen kann. Eine mündliche Prüfung kann als Gruppenprüfung mit mehreren Teilnehmenden oder als Einzelprüfung durchgeführt werden. Im Rahmen einer mündlichen Prüfung können auch Rollenspielelemente bewertet und in angemessenem Umfang Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung gestellt werden, wenn dadurch der mündliche Charakter der Prüfung nicht aufgehoben wird. Die Dauer der Prüfung soll für einen Prüfling mindestens 30 Minuten betragen. Die wesentlichen Gegenstände und Er-

gebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Prüfling jeweils im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben.

- Zu 3. Ein schriftlich ausgearbeitetes Referat ist eine eigenständige und vertiefte schriftliche Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Stoffzusammenhang des betreffenden Pflichtmoduls unter Einbeziehung einschlägiger Literatur. Die Auseinandersetzung und die Ergebnisse werden in einem mündlichen Vortrag dargestellt. Daran anschließend findet eine Diskussion auf der Grundlage des Vortrags und der schriftlichen Ausarbeitung statt. Die Bearbeitungsfrist ist bei der Aufgabenstellung anzugeben.
- Zu 4. Eine Hausarbeit ist eine schriftliche Auseinandersetzung mit einem Thema aus dem Modulzusammenhang oder einer damit zusammenhängenden konkreten Fragestellung unter Einbeziehung einschlägiger Literatur. Der Hausarbeit wird ein Fachgespräch auf der Grundlage der schriftlichen Ausarbeitung zugeordnet.
- Zu 5. Eine Praxisarbeit reflektiert und analysiert die im Berufsalltag gesammelten Erfahrungen im Zusammenhang mit denen in der Qualifizierung erworbenen Kenntnisse. Sie versteht sich als eine Ausarbeitung, die berufliche Erfahrungen aufgreift, sie in einer relevanten Fragestellung verdichtet und auf der Basis gängiger Theorien, Konzepte und Methoden auswertet.
- Zu 6. Ein problematisierendes Protokoll ist eine unter Einbeziehung der Fachliteratur sorgfältig redigierte Nachbereitung eines Seminars. Es enthält eine zusammenfassende Wiedergabe des Seminarinhaltes, des Diskussionsverlaufs, entscheidender Argumente und der Ergebnisse des Seminars. Das problematisierende Protokoll wird durch Exkurse und vertiefende Anmerkungen ergänzt. Verwendete Literatur, gegebenenfalls auch ergänzt durch weitere Titel der Fachliteratur, ist in die Ausarbeitung aufzunehmen.

(4) Weitere Details zu Umfang und Anforderungen an die Prüfungsleistungen regelt die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss.

§ 11 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die/der jeweilige Prüfende bewertet die Prüfungsleistungen als „erfolgreich abgelegt“ oder „nicht erfolgreich abgelegt“ und entwickelt hierfür einen nachvollziehbaren Bewertungsmaßstab. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten. Die Bewertung ist auf Antrag des Prüflings zu begründen; insbesondere sind die Bewertungsmaßstäbe offen zu legen.

(2) Eine Prüfungsleistung gilt als erfolgreich abgelegt, wenn die Leistung im Ganzen den Anforderungen noch entspricht. Dies ist der Fall, wenn mindestens die Hälfte der erreichbaren Punkte erlangt worden sind.

§ 12 Abschlusskolloquium

(1) Die Teilnehmenden der Qualifizierung werden auf Antrag zu dem Abschlusskolloquium zugelassen, wenn sie

1. mindestens $\frac{3}{4}$ aller Veranstaltungstage in jedem Pflichtmodul besucht,
2. alle vorgesehenen Prüfungsleistungen in den Pflichtmodulen erfolgreich abgelegt,
3. mindestens $\frac{3}{4}$ aller Veranstaltungstage in jedem Wahlpflichtseminar besucht und
4. einen Nachweis über die Durchführung der Hospitation nach § 3 Absatz 5 erbracht haben.

In dem Fall, dass die Teilnehmenden die Voraussetzungen des Satzes 1, Nr. 1 und 3 nicht erfüllen, kann der Prüfungsausschuss entscheiden, ob und in welchem Umfang die Teilnehmenden ergänzende Fortbildungsveranstaltungen zu absolvieren haben.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist spätestens drei Monate nach dem Ende des letzten Pflichtmoduls zu stellen. Die Zulassung gilt für einen Zeitraum von zwei Jahren – gerechnet vom Tag der Bekanntgabe. Innerhalb dieses Zeitraumes muss das Abschlusskolloquium absolviert werden. Nach dem Ablauf von zwei Jahren wird grundsätzlich keine neue Zulassung zum Abschlusskolloquium erteilt. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss in Abstimmung mit der jeweils zuständigen obersten Dienstbehörde.

(3) Das Abschlusskolloquium wird vom Prüfungsausschuss in der Regel als Einzelprüfung abgenommen.

(4) Der Themenbereich für das Abschlusskolloquium wird der Prüfungsteilnehmerin/dem Prüfungsteilnehmer einen Monat vor dem Prüfungstag mitgeteilt. Die konkrete Prüfungsaufgabe wird dem Prüfling am Prüfungstag ausgehändigt. Sie/er bekommt anschließend drei Stunden Zeit, um sich auf das Kolloquium vorzubereiten. Das Abschlusskolloquium wird als Präsentation oder Vortrag mit einem anschließenden Prüfungsgespräch durchgeführt. Es kann auch Elemente eines Rollenspiels enthalten. Das Abschlusskolloquium soll nicht länger als 45 Minuten dauern. Der Prüfungsausschuss kann für die Führung des Prüfungsgesprächs eine Prüferin/einen Prüfer bestellen, die/der dem Prüfungsausschuss einen Bewertungsvorschlag unterbreitet. Die Entscheidung über die Bewertung des Abschlusskolloquiums trifft abweichend von § 11 Abs. 1 der Prüfungsausschuss. § 11 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 13 Bestehen und Wiederholung von Prüfungen

(1) Die Prüfung gilt als bestanden, wenn in jedem Pflichtmodul und im Abschlusskolloquium die Prüfungsleistung erfolgreich abgelegt wurde.

(2) Hat der Prüfling eine Pflichtmodulprüfung oder das Abschlusskolloquium nicht erfolgreich abgelegt, wird er darüber informiert, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann.

(3) Nicht bestandene Prüfungen können einmal wiederholt werden. In besonders begründeten Härtefällen kann eine Prüfungsleistung auf Antrag ein zweites Mal wiederholt

werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann hierzu eine Frist bestimmen und Auflagen erteilen.

(4) Sind auch die zulässigen Wiederholungen von Prüfungsleistungen mit nicht „erfolgreich abgelegt“ bewertet worden und kann deshalb eine Prüfung nicht mehr erfolgreich abgelegt werden, gilt sie als endgültig nicht bestanden. Damit gilt auch die Qualifizierungsmaßnahme als nicht bestanden.

§ 14

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung wird als mit „nicht erfolgreich abgelegt“ bewertet, wenn der Prüfling einen für ihn bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn er von einer Prüfung, die er angetreten hat, ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine fristgebundene Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit vollständig erbracht wird.

(2) Der für Rücktritt oder Versäumnis geltend gemachte Grund muss der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüflings muss ein ärztliches Attest vorgelegt werden, das ausdrücklich die Prüfungsunfähigkeit ausweist. Der Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. Soweit die Einhaltung von Fristen für die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit des Prüflings die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder Angehörigen gleich. Erkennt die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Gründe an, wird ein neuer Termin anberaumt. Werden die Gründe nicht anerkannt, entscheidet alsbald der Prüfungsausschuss.

(3) Versucht ein Prüfling das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, fertigt die/der zuständige Prüfende oder die/der Aufsichtführende hierüber einen Vermerk an. Der Prüfling darf die Prüfungsleistung fortsetzen. Ihm ist Gelegenheit zur Stellungnahme über das Vorkommnis zu geben. Der Vermerk und die Stellungnahme sind unverzüglich dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Stellt der Prüfungsausschuss einen Täuschungsversuch fest, gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht erfolgreich abgelegt“ bewertet.

(4) Werden Arbeiten Dritter oder Teile daraus ohne oder mit irreführender Quellenangabe übernommen (Plagiat), gilt dies als Täuschungsversuch. Ein besonders schwerwiegender Täuschungsversuch liegt insbesondere vor, wenn von Dritten verfasste schriftliche Arbeiten vollständig oder in erheblichen Teilen ohne Zitat oder mit irreführender Quellenangabe in die eigene Prüfungsleistung übernommen werden.

(5) Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Einzelprüfung stört, kann von der/dem jeweiligen Prüfenden oder der/dem Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „nicht erfolgreich abgelegt“ bewertet. Ein Prüfling, der während einer Gruppenprüfung schuldhaft einen Ordnungsverstoß begeht, durch den andere Prüfungsteilnehmende gestört werden, kann von den anwesenden Prüfenden oder von den jeweiligen Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden, wenn er sein störendes Verhalten trotz Ermahnung fortsetzt.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 15 Regelungen für behinderte Menschen

Behinderten Menschen sind auf Antrag die ihrer Behinderung angemessenen Erleichterungen im Prüfungsverfahren einzuräumen. Art und Umfang der im Einzelfall zu gewährenden Erleichterungen sind rechtzeitig mit den behinderten Menschen - auf ihren Wunsch unter Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung - zu erörtern.

§ 16 Zertifikat über die Qualifizierungsmaßnahme

(1) Die Teilnehmenden der Qualifikation erhalten ein Zertifikat, wenn sie den Nachweis über das Bestehen der Prüfung nach § 13 erbringen.

(2) Das Zertifikat enthält

- die Personalien der Prüfungsteilnehmerin/des Prüfungsteilnehmers,
- die Feststellung des Bestehens der Prüfung,
- eine Modulübersicht,
- das Datum des Bestehens der Prüfung,
- die Unterschriften des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses und einer Vertreterin/eines Vertreters der Geschäftsstelle.

Abschnitt 5 Schlussbestimmungen

§ 17 Rechtsbehelfe

Maßnahmen und Entscheidungen des Prüfungsausschusses sowie der Geschäftsstelle sind bei ihrer schriftlichen Bekanntgabe an die Prüfungsteilnehmerin/den Prüfungsteilnehmer mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Diese richtet sich nach der Verwaltungsgerichtsordnung und den Ausführungsbestimmungen des Landes.

§ 18 Prüfungsunterlagen

(1) Für die Einsicht in die Prüfungsunterlagen sind die Bestimmungen des § 29 BremVwVfG anzuwenden.

(2) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind zwei Jahre aufzubewahren.

§ 19
Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen in Kraft.

Bremen,

Die Senatorin für Finanzen

**Deutscher
Gewerkschaftsbund****Region – Bremen – Elbe-
Weser**

DGB Region Bremen - Bahnhofspatz 22-28 - 28195 Bremen

Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 BremenBahnhofspatz 22-28
28195 BremenTelefon: 0421/33576-0
Telefax: 0421/33576-60per Mail an: Andrea.Hummrich@finanzen.bremen.de**Abteilung Beamte**Bei Rückfragen:
Arno Dick
Tel: 0421/3301-388
E-Mail:
arno.dick@verdi.de
annette.sackmann@verdi.deAbteilung
Abt. BeamteUnsere Zeichen
DGB-di/SaDatum
01. November 2011**Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs.4 S. 1 Nr. 3 Bremische
Laufbahnverordnung (BremLVO)
hier: **Stellungnahme des DGB
berichtigte Fassung****

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes nehmen zu dem vorgelegten Gesetzentwurf wie folgt Stellung bzw. regen folgende Änderungen an:

Vor einer Beförderung nach A 14 haben Beamtinnen und Beamte, die weder im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 eingestellt worden sind, noch die Bildungsvoraussetzungen für eine solche Einstellung erfüllen, gemäß § 9 Abs.4 S.1 Nr. 3 BremLVO eine von der obersten Dienstbehörde bestimmte Qualifizierung erfolgreich abzuschließen. Diese Qualifizierung soll die Beamtin oder den Beamten zur erfolgreichen Wahrnehmung des höheren Amtes befähigen.

Wir begrüßen grundsätzlich die stärkere Durchlässigkeit innerhalb der Laufbahnen, das vorgelegte Modell erscheint uns jedoch relativ starr und stellt unseres Erachtens nur wenig ab auf die bereits vorhandenen Qualifikationen und Fähigkeiten der Beamtinnen und Beamten. Mit der Verpflichtung der Beamtinnen und Beamten grundsätzlich an allen Pflichtmodulen teilzunehmen und diese durch Prüfungen abzuschließen, kombiniert mit der Beschränkung der Wiederholungsprüfungen, der Regelung, dass das endgültige Nichtbestehen einer Prüfung zum Nichtbestehen der gesamten Qualifizierung führt und der Durchführung eines Abschlusskolloquiums wird ein Qualifizierungssystem geschaffen, das sicherlich verwaltungsseitig leichter handhabbar ist, jedoch mehr Wert auf abprüfbare Ergebnisse legt, als auf Personalentwicklung.

Aufstrebende Nachwuchskräfte und erfahrene Beamtinnen und Beamten bringen unterschiedliches Rüstzeug aufgrund ihrer unterschiedlichen Verwendungen und absolvierten

Deutscher Gewerkschaftsbund

03.11.11
Seite 2

Fortbildungen mit. Um eine auf die Person zugeschnittene Qualifizierung zu erreichen, sollte eine persönliche Qualifikationsanalyse erstellt werden, die den Einsatz in verschiedenen Arbeitsbereichen und Verwaltungsebenen ebenso würdigt, wie längerfristige Projektarbeit, Fortbildungen, Einsätze außerhalb des öffentlichen Dienstes, längerfristige Lehrtätigkeiten oder private Initiativen, wie beispielsweise berufsbegleitende Studien. Das Augenmerk sollte hier auf der späteren Verwendungsbreite liegen: Die Qualifizierung des potentiellen Führungsnachwuchses wird sicherlich breiter angelegt sein, als die der lebensälteren Beamtinnen und Beamten, die im Ausnahmefall auch in eingeschränkten Verwendungsbereichen eingesetzt werden können.

Ein Fortbildungsbedarf entsteht immer dann, wenn gegenwärtige oder zukünftige Anforderungen der Verwaltung nicht durch das vorhandene Qualifikationsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgedeckt werden können.

Es ist ein Unterschied, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalentwicklung für eine spätere Verwendung jenseits des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 2 qualifiziert werden sollen oder, ob jemand einen konkreten Dienstposten anstrebt oder sogar bereits inne hat.

Während dem potentiellen Führungsnachwuchs mehrere Jahre für die Qualifizierung zur Verfügung stehen, also die Qualifizierung durchaus einen Zeitraum von sechs Jahren oder länger umfassen kann, sollte die Qualifizierung der Letztgenannten zeitnah erfolgen, um eine Beförderung nach A 14 in angemessener Zeit zu ermöglichen.

Das vorgelegte Qualifizierungsmodell scheint auf Aufsteigerinnen und Aufsteiger zugeschnitten zu sein, ist aber wegen der beschriebenen Heterogenität der Zielgruppe zu starr und nicht zielführend.

Zur Förderung der Verwendungsbreite und zum Erwerb von Führungsqualifikationen könnten die zukünftigen Führungskräfte, die im Rahmen der Personalentwicklung qualifiziert werden, auch ressortübergreifend eingesetzt werden; einen Dienststellenwechsel jedoch zum Zulassungskriterium zu machen, erscheint nicht sachgerecht, wir erachten ihn nicht als notwendig. Es kann durchaus sinnvoll sein, eine „fachbezogene“ Entwicklung innerhalb eines bestimmten Aufgabenfeldes innerhalb einer Dienststelle zu durchlaufen. Verwaltungen benötigen auch Fachleute, die dienststellenbezogene Rahmenbedingungen und Abläufe exakt kennen. Das kann für die Tätigkeit der Beamtinnen und Beamten, wie auch für die Dienststelle von besonderer Wichtigkeit sein.

Die Problematik, die sich hieraus ergibt, ist die des Wissenstransfers beim Ausscheiden dieser „Fachleute“, aber das ist nicht Thema dieser Stellungnahme.

Thema ist allerdings, das die Notwendigkeit nicht nur Generalisten in Verwaltungen zu benötigen, nicht dazu führen darf, dass eben diese Fachleute benachteiligt werden.

Dienststellenwechsel sollten vielmehr flexibel gehandhabt werden, zum Einen, weil sie bei lebensälteren Beamtinnen und Beamten, die in eingeschränkten Verwendungsbereichen eingesetzt werden können/sollen nicht notwendig bzw. sogar kontraindiziert sein können, zum Anderen weil sie beim Führungskräftenachwuchs einen Teil der Qualifizierungsmaßnahme bilden können.

Ein einfaches Modell könnte so aussehen, dass zwei potenzielle Aufsteigerinnen und Aufsteiger die Dienstposten tauschen oder mehrere einen Ringtausch praktizieren. Zur Erweiterung der Kenntnisse und Erfahrungen sollte dies dienststellenübergreifend erfolgen.

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**03.11.11
Seite 3

Um der Zielsetzung der neuen LVO Rechnung zu tragen, sollten möglichst bereits für Beamtinnen und Beamte ab der BesGr. A 11 entsprechende Auswahlverfahren durchgeführt werden, um diese Beamtinnen und Beamten durch die zu bestimmende Qualifizierung gezielt auf die Wahrnehmung von Ämtern der BesGr. A 14 aufwärts vorzubereiten. Das Auswahlverfahren sollte transparent und nachvollziehbar gestaltet werden und allen Beamtinnen und Beamten ab der Besoldungsgruppe A 11 offen stehen.

Einer Diskussion über ein Qualifizierungssystem nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BremLVO, das auch die von uns vorgebrachten Anregungen berücksichtigt, sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutscher Gewerkschaftsbund
B r e m e n

gez. Annette Düring
Vorsitzende



Arno Dick



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
bremen

Kontorhaus
Rembertistr. 28
D-28203 Bremen

Telefon 0421 - 70 00 43
Telefax 0421 - 70 28 26
dbb.bremen@ewetel.net
www.bremen.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion • Rembertistr. 28 • 28203 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Hummrich
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Handwritten signature

*30-A
22.11.11*

26.10.2011

**Entwurf der Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3
Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO)**

- Ihr Schreiben vom 21.09.2011 - 30-8 -

Sehr geehrte Frau Hummrich,

zu dem Entwurf der Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO) fügen wir in der Anlage unsere Stellungnahme bei.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Dieter Rybka

Dieter Rybka
Geschäftsführer



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund bremen
Beamtenrechtsausschuss

Stellungnahme

des dbb beamtenbund und tarifunion bremen

**zu der Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3
Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO)**

Allgemeiner Teil

Der dbb bremen begrüßt es, dass die berufliche Entwicklung nicht mehr nur von einem formalen Bildungsabschluss zu Beginn der Berufstätigkeit abhängig sein soll.

Der Grundsatz des lebenslangen Lernens wird dabei ausdrücklich unterstützt und es kommt der Beschäftigten bzw. dem Beschäftigten zugute, dass die individuellen Entwicklungsphasen der Einzelnen / des Einzelnen nunmehr über das gesamte Berufsleben betrachtet und dem beruflichen Fortkommen förderlich sein können.

Die berufliche Entwicklung bestimmt sich demnach nach der Eignung, der Befähigung, der fachlichen Leistung und dem neuen Grundsatz der Qualifizierung.

Zum Entwurf allgemein

Die dienstrechtlichen Regelungen des Entwurfs greifen die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Bremische Laufbahnverordnung (BremLVO) auf durch die die Verleihung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 ermöglicht werden soll, obwohl die Beamtin oder der Beamte nicht im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 eingestellt worden ist und die Bildungsvoraussetzungen für eine Einstellung im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 nicht erfüllt werden.

Der dbb bremen unterstützt grundsätzlich den Entwurf der Verwaltungsvorschrift über die Qualifizierung nach § 9 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BremLVO, da damit eine alte Forderung des dbb bremen nämlich die Sicherung der Qualität und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes durch:

- die Führungskräftequalifizierung der aktiven Beamtin oder des aktiven Beamten erfüllt,
- auf die berufliche Erfahrung abgestellt,
- eine Vorbereitung auf die Wahrnehmung von Führungsaufgaben stattfindet
- und somit Führungserfahrung gefordert und nachzuweisen ist.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund bremen
Beamtenrechtsausschuss

Zu den Vorschriften im Einzelnen

§ 2 Zulassungsvoraussetzungen, Entscheidung über die Zulassung

Abs. 1:

Mit der Zulassungsvoraussetzung, dass die Beamtinnen oder die Beamten seit dem Beginn ihrer Dienstzeit mindestens einen Dienststellenwechsel vorweisen können, stellt nach Ansicht des dbb bremen die Verwaltungsvorschrift auf den Senatsbeschluss vom 8. März 2010 ab, der die Förderung der internen Mobilität zwischen den Dienststellen des Landes Bremen zur Zielsetzung hat.

Die Senatorin für Finanzen hat mit Schreiben vom 31.05.2010 darauf verwiesen, dass die Art der Anreicherung eines Dienstpostens keinen Perspektivwechsel im Sinne des Senatsbeschlusses darstellt.

Die Ämter der Laufbahngruppe 2 der Bes. Gr. A13 und A 15 können nur erreicht werden, wenn mindestens zweimal ein beruflicher Perspektivenwechsel (drittes Aufgabengebiet) vorgenommen wurde.

(...) Entscheidend für die Beurteilung, ob ein Wechsel des Aufgabengebiets vorliegt, ist folglich der Gesichtspunkt des Perspektivwechsels. Dies setzt einen Wechsel der Beschäftigungsbehörde nicht zwingend voraus, umgekehrt bedeutet aber auch ein Dienststellenwechsel nicht in jedem Fall einen Wechsel des Aufgabengebiets.

Welche Berücksichtigung finden der Senatsbeschluss vom 08.03.2010 und das Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 31.05.2010 im Hinblick auf den Entwurf der Verwaltungsvorschrift im Hinblick auf die Zulassungsvoraussetzung (... mindestens einen Dienststellenwechsel vorweisen können.)?

Der dbb bremen ist der Auffassung, dass es sinnvoll wäre im Zusammenhang mit den Zulassungsvoraussetzungen auf den Gesichtspunkt des Perspektivwechsels abzustellen und auf die Begrifflichkeit Dienststellenwechsel zu verzichten.

Der dbb bremen schlägt als Alternative (2 Spiegelstrich) vor:

- die seit dem Beginn ihrer Dienstzeit mindestens ein Aufgabenwechsel (Perspektivwechsel) vorweisen können.

Abs. 2:

Die Befristung „Bis zum 31. August 2014 können“ sollte gestrichen werden, da Beamtinnen und Beamte, die ohne einen Aufgabenwechsel sehr gute oder hervorragende Leistungen erbracht haben, nicht grundsätzlich von der Qualifizierung ausgeschlossen werden sollten.

Der dbb bremen schlägt den folgenden Absatz 2 Satz 2 vor:



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund bremen
Beamtenrechtsausschuss

In begründeten Ausnahmefällen können Beamtinnen und Beamte ohne einen Aufgabenwechsel (Perspektivwechsel) bei sehr guten oder hervorragenden Leistungen zugelassen werden.

§ 3 Ziel und Umfang der Qualifizierungsmaßnahme

Abs. 6 :

Der dbb bremen ist der Auffassung, dass die Beamtin/der Beamte nach dem Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme grundsätzlich sowohl über Führungserfahrungen und Erfahrungen mit der Leitung von Projekten verfügen sollte.

Es ist mit der Qualifizierung die Wahrnehmung von Führungsaufgaben, insbesondere in Hinsicht auf die soziale Kompetenz nachhaltig zu stärken.

Daher schlägt der dbb bremen vor:

- im Absatz 6 Satz 1 das Wort „oder“ durch das Wort „und“ zu ersetzen.

Abs. 7 :

Der dbb bremen unterstützt den Verzicht auf die Teilnahme an Pflichtmodulen und Wahlpflichtseminaren, wenn die Beamtin/der Beamte bereits entsprechende Kenntnisse erworben hat. Es sollte jedoch auf unbestimmte Rechtsbegriffe verzichtet werden.

Daher hat der dbb bremen folgenden Änderungsvorschlag:

- im Absatz 7 Satz 1 sollten die Worte „bereits auf andere Weise, insbesondere“ ersatzlos gestrichen werden. Der Absatz 7 Satz 1 hätte dann den Wortlaut:

Mit der Entscheidung über die Zulassung kann die oberste Dienstbehörde die Beamtin/den Beamten von der Teilnahme an Pflichtmodulen und Wahlpflichtseminaren befreien, wenn die Beamtin/der Beamte den Nachweis erbringt, durch die Teilnahme an anderen Fortbildungsveranstaltungen innerhalb oder außerhalb der öffentlichen Verwaltung, die entsprechenden Kenntnisse erworben zu haben.

Der dbb bremen schlägt die Aufnahme des Absatzes 8 mit folgendem Wortlaut vor:

Abs. 8:

Die Beschäftigungsdienststelle hat sicherzustellen, dass durch die Qualifizierungsmaßnahme der Teilnehmenden und der damit verbundenen Arbeitsbelastung, insbesondere durch die Pflichtmodule, die Wahlpflichtseminare und die Hospitation, es zu keinen zusätzlichen Arbeitsbelastungen bei anderen Beschäftigten kommt.

§ 11 Bewertung der Prüfungsleistungen



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Landesbund bremen
Beamtenrechtsausschuss

Der dbb bremen schlägt die Aufnahme eines Absatzes 3 mit folgendem Wortlaut vor:

Abs. 3 :

Die/der jeweilige Prüfende ist verpflichtet, die Bewertung der Prüfungsleistungen zu überdenken, wenn dies von einem Prüfling, der die Prüfung nicht bestanden hat, mit begründeten Einwendungen beim Prüfungsausschuss schriftlich beantragt wird.